

II- 4420 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM

FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 24. Juni 1975

Seitenring 1
Telephon 57 56 55

Zl. IV-50.004/12-1/75

2067/A.B.

zu 2125/J.

Präs. am 26. JUNI 1975

B e a n t w o r t u n g

Beantwortet die Anfrage der Abgeordneten Dipl. Vw. JOSSECK und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Vergiftungsinformationszentrale (Nr. 2125/J-NR/1975) vom 29. § 29

In der gegenständlichen Anfrage wird an mich folgende Frage gerichtet:

"Werden Sie sich dafür einsetzen, daß - analog zu Regelungen in der Schweiz und in der Bundesrepublik - auch in Österreich eine gesetzliche Vorsorge getroffen wird, die die Herstellerfirmen einschlägiger chemischer Produkte dazu verpflichtet, über die Bestimmungen des Lebensmittelgesetzes hinaus, auch der Vergiftungsinformationszentrale - selbstverständlich unter entsprechenden Geheimhaltungsvorschriften - die genaue Rezeptur ihrer Präparate bekanntzugeben ? "

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Ich habe veranlaßt, daß mit dem Leiter der Vergiftungsinformationszentrale Gespräche geführt werden, durch welche Klarheit geschaffen werden soll, inwieweit die Vergiftungsinformationszentrale durch administrative oder legislative Maßnahmen in ihrer Tätigkeit und Zielsetzung gefördert werden kann.

- 2 -

JTA-31.00.07-11

Gleichzeitig werden von meinem Ressort die in der Schweiz und in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden Regelungen geprüft.

Schließlich habe ich als Sofortmaßnahme ein Schreiben an den Präsidenten der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft gerichtet, in welchem ich die gesetzliche Verpflichtung zur Bekanntgabe der Zusammensetzung eines Produktes, das eine akute Vergiftung hervorgerufen hat, unter Berufung auf § 95 des Strafgesetzbuches klargestellt habe. Weiters habe ich in diesem Schreiben ersucht, auf die Mitglieder der Bundeskammer im Wege über die einzelnen Gliederungen der Kammer einzuwirken, daß sie vorsorglich der Vergiftungsinformationszentrale die Zusammensetzung von Produkten, welche bei unsachgemäßem Gebrauch bzw. bei Einnahme Vergiftungen oder Gesundheitsschädigungen herbeiführen können, bekanntzugeben.

Der Bundesminister: 